

Literaturbericht – Thema 5: Warum unterscheiden sich externe Institutionen (zwischen Staaten)?

05.12.2023

Textgrundlage: Voigt (2019): Institutional Economics. An Introduction, Kapitel 6 (S. 158-194)

Die Beantwortung dieser Fragen ist Ihre Grundlage für die Gruppenarbeit in der Seminarsitzung.

Dabei gilt: Die schwarz gefärbten Fragen beantworten Sie wie üblich in Stichpunkten. Die grau gefärbten Fragen dienen Ihnen dagegen als Ansatzpunkte und Orientierungshilfen für den Text, weswegen Sie diese nicht schriftlich beantworten müssen.

Sollten Sie einige Aussagen des Textes für kritikwürdig oder diskussionswürdig halten, notieren Sie sich dies bitte. Wenn Sie Anwendungsbeispiele für die Inhalte des Textes aus anderen Sozialwissenschaften kennen, können Sie diese ebenfalls notieren.

1. Block: Property rights-Theorien

1. Erläutern Sie die „naive Theorie der property rights“ von Harold Demsetz (1967). Was ist die zentrale Idee? Warum verändern sich dieser Theorie zufolge Verfügungsrechte? Welche generelle Beobachtung machen Demsetz (und Libecap) über die Entstehung und den Wandel von Institutionen?

Die zentrale Idee von Harold Demsetz Theorie der Eigentumsrechte ist, dass „Eigentumsrechte sich entwickeln, wenn eine Internalisierung von externen Effekten als Zuwachs an gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt angesehen wird.“

Daraus leitet Voigt zwei Gründe für die Entstehung bzw. Veränderung von Eigentumsrechten ab:

- „1. Eine Veränderung der externen Effekte über Zeit, gebunden an bestimmte Aktivitäten
2. Aufgrund von technischem Wandel sinken die Kosten einer möglichen Internalisierung von externen Effekten.“ (Voigt, 161)

Anhand der Beispiele, die Demsetz gewählt hat, um seine Theorie zu zeigen lässt sich ersehen was damit konkret gemeint ist. Internalisierung bedeutet hier die Anpassung der Institutionen an geänderte Bedingungen. Wenn zum Beispiel neue Anreize entstehen ein Allmende-Gut zu übernutzen, besteht ein Impuls die Verfügungssrechte zu verändern. Gleichzeitig kann eine technologische Entwicklung diesen Prozess auslösen. Beispielsweise sind Umweltauflagen für Unternehmen und Verbraucher an die Kosten diese umzusetzen gekoppelt. Die Kosten wiederum stehen in direktem Verhältnis zur verfügbaren Technologie. Auch Gary Libecap kam in seiner Untersuchung zu Eigentums- und Verfügungsrechten im Bergbau zu dem Schluss, dass die Änderung dieser Rechte mit externen Effekten von Nachfrage zu tun habe. Beide Autoren nehmen somit an, dass Eigentums- und Verfügungsrechte sich anpassen an veränderte Bedingungen, gekoppelt sind an andere Mechanismen des Markts und ebenso zu einem Gleichgewicht der effizienten Allokation von Ressourcen streben. Voigt merkt dazu kritisch an, dass die Transaktionskosten des Mechanismus (=Politik) vernachlässigt werden, sowie die Motive der politischen Akteure als mechanistisch determiniert angesehen werden müssen. Genau diese *naive* Übernahme mechanistischen Denkens bezüglich der politischen Dimension hat zur Bezeichnung der Theorie als *naiv* geführt, wobei Voigt etwas genau von „efficiency view“ spricht.

2. Erläutern Sie Douglass Norths property rights-Theorie. Welche zentralen Aussagen werden formuliert? Welche Annahmen und Eigenschaften hat Norths Modell? Welche Implikationen hat es? Welche Konklusionen zieht North? Definieren Sie dabei bitte wichtige Begriffe.

Douglas North schreibt über Eigentumsrechte, indem er über Staaten redet. Er argumentiert, dass Theorien zum Staat nicht ohne Eigentumsrechte funktionieren, was einleuchtet, wenn nur ein Akteur mit dem Monopol auf Gewalt diese durchsetzen kann. Daher leitet er zwei Denkschulen über den Staat her, Vertrags- und Ausbeutungstheorien, um diese in Bezug auf Eigentumsrechte zu synthetisieren. Vertragstheorien sagen aus, dass Staaten als freiwilliger Zusammenschluss unter Gleichen entstehen, um sich der so neu geformten Organisation, dem Staat, zu unterwerfen. Das bietet den Vorteil, dass Frieden zwischen den Untertanen des Staats herrscht, da dieser die Gewalt übertragen bekommen, d.h. diese monopolisiert hat. Ausbeutungstheorien gehen davon aus, dass Staaten sich innerhalb von Gesellschaften bilden, in denen Interessensgruppen existieren. Wenn eine dieser Gruppen ihre Interessen gegenüber den anderen durchsetzen kann, dann durch die Bildung eines Staats, in dem die Macht der herrschenden Gruppe gebündelt, entpersonalisiert und perpetuiert wird. Das daraus gebildete Modell Norths zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus. Der Staat wird als Akteur betrachtet, der Dienstleistungen wie Sicherheit und Recht anbietet und dies mithilfe von Skaleneffekten erfolgreicher als alle privaten Akteure. Weiterhin betrachtet North den Staat als „diskriminierenden Monopolisten“ (Voigt, 167). Das bedeutet, dass der Staat die Preise, i.e. Steuern, willkürlich so hoch setzt wie er kann bei den jeweiligen Kunden, i.e. Bürgern, und sich die letztendlich bezahlten Preise an dem Machtverhältnis zwischen Staat und seinen, zu Interessensgruppen zusammengeschlossenen, Bürgern orientieren. Darüberhinaus arbeitet der Staat nicht als vollständiger Monopolist, da die theoretische körperliche territoriale Ungebundenheit seiner Bürger und somit auch Unternehmen zu Konkurrenz mit anderen Staaten führt und der Staat in vielen Bereichen als Akteur unter anderen auftritt, sprich sein (Quasi-)Monopol auch gegen diese verteidigen muss, während diese den Staat an der Übernahme von Bereichen in seine Monopolstruktur hindern. North zieht aus diesen drei Eigenschaften des Staats den Schluss, dass Eigentumsrechte als Dienstleistung durch den Staat in Einführung und Durchsetzung dann durch den Staat und seine Akteure, der methodologische Individualismus gilt auch hier, eingeführt werden, wenn es sich lohnt, also die Steuereinnahmen dadurch erhöht werden können. Diese Eigenschaften führen laut North zu Folgendem. Optimale Eigentumsrechte werden nicht in mechanistischer Weise durch den Staat bereitgestellt, da dieser seinen eigenen Nutzen in Form von Steuern zu maximieren sucht. Daher entstehen grundsätzlich Situationen, in denen eine höhere gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt möglich wäre, aufgrund von ineffizienten Eigentumsrechten sich aber nicht realisiert. Wenn effizientere Eigentumsrechte vom Staat geboten werden, dann nur weil die betroffenen die Macht gegenüber dem Staat haben diese durchzusetzen, zum Beispiel durch Androhung des Gewaltmonopol aufzulösen. Da aber die Gesellschaft in Interessensgruppen aufgeteilt ist und das Problem des kollektiven Handelns für alle Bürger weiter gilt, können bereits stärkere Gruppen ihre Vorteile durchsetzen, was zu einer Differenzierung innerhalb der Gesellschaft weiter beiträgt. Darüberhinaus ist die Perspektive auf den Staat als monolithisch nicht haltbar. Stattdessen delegiert dieser seine Macht und Aufgabenbereiche an Einzelne, was mithilfe der Prinzipal-Agent-Theorie modelliert werden kann inklusive ihrer Dynamiken. Ausgehend von diesen Eigenschaften von Staaten und ihren Folgen kommt North zu folgenden Schlüssen. Staaten sind so stabil, da kollektives Handeln schwierig zu organisieren ist. Aus diesem Grund sind Änderungen der Institutionen *von unten* unwahrscheinlich. Revolutionen gehen daher von mächtigeren Gruppen aus, die sich leichter koordinieren können bei gleicher Machtfülle gegenüber dem

Staat. Das führt dazu, dass die Elite wechselt, die den Staat leitet, aber das stratifizierte System von Interessensgruppen innerhalb der Gesellschaft erhalten bleibt. Zuletzt schließt North, dass die Gruppe, die den Staat leitet Mechanismen generiert, die diese Leitung stabil innerhalb der eigenen Gruppe halten können durch einen Austausch des Agenten. Zur Erforschung der Möglichkeiten das Problem kollektiven Handelns zu überwinden verweist North auf die Ideologie.

2. Block: Erklärungsansätze zu den Unterschieden zwischen externen Institutionen

1. Wie kann die *geographische Lage* die Entstehung von Staaten – und damit den Institutionen, die einen Staat konstituieren, – beeinflussen?

Der Geographie kommt die Rolle eines externen Effektes gleich, welcher die Wahrscheinlichkeit beeinflusst ob sich ein Staat mit Gewaltmonopol ausbildet oder eben nicht. Geographische Gegebenheiten beeinflussen die Kosten für die Entstehung und Aufrechterhaltung eines Monopols auf Gewalt. So sind ressourcenarme und weite Gegenden unter geringerem Nutzen und höheren Kosten zu kontrollieren, während reiche und weniger flache Gebiete dieses andersherum abbilden.

2. Wie erklären *historische und kulturelle Unterschiede* Institutionenunterschiede zwischen Staaten?

Historische begründbare Unterschiede haben mit der Pfadabhängigkeit von Institutionen zu tun. So gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Ländern mit ähnlichen Rechtssystemen. Zu unterscheiden sind dabei civil and common law. In Ländern, in denen im Zuge von Kolonialisierung und Eroberung Staaten entstanden, gilt oft das gleiche Rechtssystem wie das des Kolonisierenden oder erobernden Staats. Die Grundidee des Rechtssystems hat dabei starken Einfluss auf eine Vielzahl von Institutionen, die das Wachstums beeinflussen. Common law ist Fallrecht, in dem Gerichte durch Urteile Präzedenzfälle schaffen, um so Interpretationsräume zu füllen. Die Rechtsprechung wird so durch Wiederholung zur angewandten Rechtsetzung. Im civil law sind der Austausch zwischen Rechtsetzung und -sprechung stark vereinfacht. Gerichte sprechen das Recht, das gesetzt wurde. Bei Unklarheiten wird auf die Lücke verwiesen und geurteilt, wenn diese durch die Rechtsprechung geschlossen wurde. Da im civil law die Institutionen geringeres Wachstum versprechen, wurden Wachstumsraten zwischen Ländern dieser Gruppe verglichen. Dabei gab es die angenommene Korrelation nicht. Berkowitz et. al. Argumentieren daher, dass weniger die Zugehörigkeit zu einem Rechtssystem ausschlaggebend für Wachstum sei, sondern die Art wie dieses System etabliert worden sei. Dabei scheint insbesondere die Adaptierung an lokale Verhältnisse, wie beispielsweise interne Institutionen oder geographische Verhältnisse relevant zu sein.

3. Wie versucht der Ansatz über *soziale Konflikte* die Entstehung von Institutionen zu erklären? Welche Annahmen werden getroffen? Was sagen Olson, Acemoglu/Robinson, North/Wallis/Weingast und Sutter? Definieren Sie hierbei wichtige Begriffe.

Olson beschreibt die Ausgestaltung von Institutionen als abhängig von den Machtverhältnissen zwischen Interessensgruppen. Würden diese sich verändern, änderten sich auch die Institutionen bis das neue Machtverhältnis abgebildet sei. Da die Bildung von Gruppen mit dem Problem des kollektiven Handelns verbunden ist, spricht Olson über

Möglichkeiten dieses zu überwinden. Dazu zählt er die Kopplung des Zugangs zu privaten Gütern an die Mitarbeit an einem öffentlichen Gut, fakultative Mitgliedschaft in Interessensgruppen für Zugang zu Ressourcen sowie eine möglichst geringe Anzahl an Mitgliedern einer Gruppe mit einer fixen Menge an Macht. Acemoglu & Robinson modellieren die gesellschaftliche Ausseinandersetzung über Institutionen ohne den Staat als expliziten Akteur, sondern nehmen an, dass eine Elite aus mächtigen Gruppen der Gesellschaft die Macht Institutionen zu verändern bündelt, während eine Mehrheit an Akteuren Nicht-Elite diese unter dem verschärften Problem kollektiven Handelns zu Veränderungen bezüglich der Institutionen zu bringen sucht. Da sich durch verschiedene Faktoren wie Ideologie oder technischer Wandel die Eliten gezwungen sehen können die Institutionen zugunsten der Nicht-Elite abzuändern, fungiert laut den Autoren die Demokratie als Institution, um die Bereitschaft der Elite die Änderungen auch tatsächlich durchzuführen abzusichern und glaubhaft zu machen. So lässt sich die Ausweitung des Wahlrechts in Demokratien als formalisierte Konzession an immer größere Teile der Bevölkerung seitens der Elite lesen. In Kontrast zu Acemoglu & Robinson modellieren North, Wallis & Weingast (NWW) die Elite als diskrete Akteure, deren innere Dynamik über die Institutionen entscheidet. Laut ihnen existieren Gesellschaften generell in Abhängigkeit von der Verteilung von gewaltausübenden Akteuren. Feste externe Institutionen, wie Eigentumsrechte, garantiert durch einen Gewaltmonopolisten ergeben sich daher dann, wenn alle Mitglieder der Elite entscheiden, dass sie jeweils einen höheren Nutzen haben, wenn sie ihre Gewalt abgeben, dafür aber sicher sind vor der Gewalt der anderen Mitglieder der Elite. So entstehe eine Gesellschaft mit offenem Zugang unter einheitlichem Recht, wobei die Stratifizierung der Gesellschaft erhalten bleibt. Sutters Theorie zu Regimewechsel greift wesentlich niedriger als die vorangegangenen. Er beschreibt das Dilemma der Bestrafung, um autokratische Machthaber zu kontrollieren. Um Machthaber abzuschrecken zu autoritär zu werden, ist die Androhung hoher Strafen hilfreich. Ist der Machthaber aber bereits oder trotzdem über die benannte Schwelle getreten, ist das Versprechen geringer Strafe sinnvoll, um die Wahrscheinlichkeit eines Regimewechsels zu erhöhen, indem die Kosten für den Diktator gesenkt werden.

3. Block: Wettbewerb der Institutionen

(1) Was ist die grundsätzliche Idee dieses Konzepts? Definieren Sie wichtige Begriffe.

Die grundsätzliche Idee des Konzepts des Wettbewerbs der Institutionen ist, dass die Bereitstellung von Institutionen als öffentliches Gut als Angebotsseite und das Befolgen und Achten von Institutionen als Nachfrageseite modelliert werden kann. Die Voraussetzung dafür ist die Mobilität von Akteuren, d.h. Arbeitskraft und Kapital. Ein historisches Beispiel dafür ist die Abwanderung von knapp 60.000 Einwohnern Antwerpens nach Amsterdam infolge des Kriegs mit Spanien. Da den protestantischen Einwohnern Antwerpens nach der Eroberung durch spanische Truppen erlaubt wurde innerhalb von 2 Jahren zum Katholizismus zu konvertieren oder die Stadt zu verlassen, zog eine große Menge an Arbeitskraft und Kapital nach Amsterdam, dessen Blütezeit kurz danach begann, unter anderem auch wegen der ungleich besseren institutionellen Bedingungen für Kapital. Das Konzept wird unterschiedlich bewertet, da einige Autoren den Wettbewerb der Institutionen als effiziente Kontrolle der Institutionen schaffenden Politiker:innen sehen, während andere ein „race to the bottom“ (Voigt, 182) erwarten, in dem Kapital so lange verschoben wird bis alle Staaten eine maximal vorteilhafte Umgebung für mobile Unternehmen geschaffen haben, was negative Externalitäten zufolge haben kann, besonders für die Bereitstellung weiterer öffentlicher Güter. Befürworte der ersten Sichtweise argumentieren, dass die Effizienz von Institutionen gesteigert würde, wobei

V. Vanberg einwirft, dass die Mechanismen, mithilfe derer Institutionen ausprobiert und verbessert werden ausschlaggebend seien (Voigt, ebd.)

(2) Welche Probleme weist diese Analogie zu privaten Gütern auf?

Die Analogie hat laut Voigt zwei Nachteile. Transaktionen zu öffentlichen Gütern, Bereitstellung und Besteuerung als Elemente dieser, beinhalten anders als private Güter die Gleichheit vor dem Recht. Das bedeutet, dass ich, um in der Analogie zu bleiben, keine einzelnen Güter nachfragen und bezahlen kann, sondern nur Güterbündel. Über die Zusammenstellung des Bündels öffentlicher Güter habe ich zwar Einfluss, aber nie alleine, da diese Güter alle anderen Akteure ebenfalls betreffen, die ihrerseits ihren Einfluss geltend machen. Da das gesamte Bündel betrachtet werden muss, mein Einfluss aber nur spezifisch auf einen Teil des Bündels gerichtet werden kann, funktioniert der Aushandlungsprozess anders als im privaten Gütertausch. Darüberhinaus ist die Kommunikation durch *voice* über Verhalten *exit* nur bedingt vergleichbar. Da *exit*, also das Verlassen von Institutionen noch von weiteren Faktoren abhängen kann, ist *voice* die deutlich genauere Kommunikationsstrategie. Diese ist allerdings mit dem Problem kollektiven Handelns behaftet, da eine Vielzahl gleichartiger Akteure zusammen treffen müssen, um gehört werden zu können. Das bedeutet das Modell hat einen inhärenten Bias für organisierte Akteure, was zu Ineffizienzen in der Bereitstellung von öffentlichen Gütern sorgen kann.

4. Block: Versuch einer allgemeinen Theorie

1. Erläutern Sie kurz die Matrix auf S. 185. Welche Wahlmöglichkeiten liegen vor?

Die Matrix modelliert vier mögliche Verhaltensweisen von Akteuren. Das ist relevant, weil die Bedingung des methodologischen Individualismus gelten, wodurch wir auch strukturelle Komplexe auf individuelle Verhaltensweisen zurückführen müssen innerhalb unseres Modells. Ansonsten droht ein funktionalistischer Trugschluss, demzufolge die Existenz, in unserem Falle, einer Institutionen sich erklären lässt durch die Funktion, die sie inne hat. Dadurch entstehen tautologische Argumente, da die tatsächlichen Mechanismen, die abhängig von Akteuren sind, unbeobachtbar werden. Die vier Verhaltenweisen der Akteure sind in zwei Dimensionen aufgeteilt, *Wahl der Regeln* und *Wahl innerhalb der Regeln*. Jeder Akteur kann also wählen sich an die Regeln, d.h. Institutionen zu halten oder eben nicht, sowie sich entscheiden andere Regeln zu fordern oder eben nicht. Zelle A (comply & non-demand) ist dabei der Ausgangspunkt stabiler Institutionen.

2. Sechs Faktoren sind bezüglich des Wandels externer Institutionen relevant. Erläutern Sie diese Faktoren jeweils (Definitionen, Bedingungen für institutionellen Wandel etc.).

- Bounded Rationality

Am besten angewendet durch Herbert Simons *Satisficing* Modell, in dem Akteure ihr Verhalten erst anpassen, wenn Erwartungen von Nutzen, die informiert sind durch vorangegangenes Handeln, nicht mehr eintreten.

- Problem kollektiven Handelns

Selbst wenn Akteure in Zelle A mit sinkendem Nutzen konfrontiert sind, gibt es den Anreiz andere Unzufriedene Ressourcen aufwenden zu lassen, um eine Veränderung der Institutionen zu bewirken, also zu *free-ride*n. Wenn durch das Problem kollektiven Handelns das Fordern anderer Regeln verhindert wird, bleibt einzelnen Akteuren noch die

Nicht-Befolgung von Institutionen, was nur bedingt zu Einfluss über institutionellen Wandel führt, allerdings die Langsamkeit dessen erklären könnte.

- Pfadabhängigkeit

Pfadabhängigkeit wird als Begriff für die Beschreibung von technologischem Wandel benutzt. Das Verhalten von Akteur X ist beeinflusst von der Entscheidung des Akteurs vor ihm (Akteur W) bzw seiner eigenen vorherigen Entscheidung (Akteur X-1). Das bedeutet institutioneller Wandel wird unwahrscheinlicher durch die sich immer weiter erhöhenden Kosten des Wechsels von Regel A zur neuen Regel B wegen der Steigerung des *tacit knowledge*, das mit der Nutzung von Regel A steigt, dieser aber nicht eingeschrieben wird. Das bedeutet, dass Institutionen die Umwelt, in der sie wirken, mitgestalten und so sich selbst stabilisieren.

- Politische Transaktionskosten

Die unter dem Coase-Theorem geltenden Nebenbedingungen sind in der Politik nicht gegeben, vor allem nicht dass Transaktionskosten =0 sind. Vielmehr ist der politische Markt einer ohne Dritte, die Regeln überwachen und durchsetzen könnten, ebenso wie Verfügungsrechte nicht klar geregelt werden können. Das alles führt dazu, dass Politik unter diesen Bedingungen für die Stabilität effizienter sowie ineffizienter Institutionen gleichermaßen sorgt.

- Machtverhältnisse zwischen Akteuren

Axiomatisch gilt hier, dass sich ändernde *de facto* Macht einer Gruppe relativ zu anderen Gruppen, sich in *de jure* Macht niederschlägt, sich also die Institutionen wandeln. Das geschieht häufig durch externe Effekte wie technologischer Wandel oder das Verhalten externer Akteure.

- Vorhandene interne Institutionen

Die vorhandenen internen Institutionen von Akteuren können das Verhalten von politischen Agenten beeinflussen, indem die internen Institutionen, wie Fairness-Normen über Wahlentscheidungen entscheiden, ungeachtet dem direkten Nutzen für die Wähler:innen.

3. Inwieweit ist institutioneller Wandel nach dieser Theorie möglich und wahrscheinlich?

Institutioneller Wandel ist unwahrscheinlich nach dieser Theorie, da viele stabilisierende Faktoren existieren. Der Wandel bleibt allerdings durchaus möglich, wenngleich er langsam, indirekt und komplex ist.